



HESSEN TRITT AUF DIE SCHULDENBREMSE

Das Ziel ist vorgegeben: Ab dem Jahr 2020 dürfen die Länder keine neuen Schulden machen, das ist im Grundgesetz festgeschrieben. Im Hessischen Landtag wurde die letzten Monate diskutiert, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

GRÜNE POSITIONEN GESTÄRKT

Nach einer von uns initiierten Anhörung im Landtag, an der mehrere Finanzwissenschaftler teilgenommen hatten, konnten wir gestärkt in die Verhandlungen mit den anderen Fraktionen gehen: Unsere zentralen Forderungen wurden auch von den Fachwissenschaftlern als nötige Änderungen zum schwarz-gelben Vorschlag betrachtet. In konstruktiven Gesprächen, an denen sich außer

der Linken alle Fraktionen beteiligt haben, sind wir zu einem gemeinsamen Ergebnis gekommen, mit dem wir sehr zufrieden sein können: Sie ist ein wichtigen Schritt hin zu einer Haushaltskonsolidierung, die soziale und ökologische Aspekte beachtet. Unsere zentralen Forderungen wurden in den Verhandlungen erfüllt:



Schuldenbremse ja, aber mit Augenmaß

AUS DEM INHALT

Schmutziger Deal Atomlobby	S. 4
Polizeiführungskrise	S. 5
Datenschutz	S. 5
Bouffiers Kabinett	S. 6
Fluglärm	S. 6
Fachkräftemangel	S. 7
Kinderbetreuung	S. 8

SCHUTZWALL FÜR KOMMUNEN

Insbesondere die Kommunen müssen vor Einsparungen verschont bleiben, daher forderten wir einen Schutzwall für die Kommunen. Da die Finanzierung der Kommunen zu weiten Teilen von der Haushaltsgesetzgebung des Landes abhängt, bestand die Gefahr, dass der Konsolidierungsdruck an die kommunale Ebene weitergegeben wird.

Fortsetzung S. 2

VERGABEPRAxis DER LANDESREGIERUNG

Rechtswidrig, wirtschaftsfeindlich und zum Schaden des Landes

„Alles nochmals überprüft... kein Fehlverhalten... alles vergaberechtlich richtig gelaufen...“ So äußerte sich der für IT-Fragen zuständige Staatssekretär der Landesregierung, Horst Westerfeld, nachdem wir die Praxis der Landesregierung, Aufträge von erheblichem Umfang ohne offene Ausschreibung zu vergeben, öffentlich kritisiert hatten. Dem wollte der CDU-Abgeordnete Milde nicht nachstehen und verunglimpfte unsere mehrfach belegten Vorwürfe als „Theaterspiel“. Wir hätten „unhaltbare Rechtsauffassungen in den Raum gestellt“ und „eine bemerkenswerte Unkenntnis über Auftragsverfahren gezeigt“. Pech nur, dass der Finanzminister in Person wenige Wochen später selbst einräumen musste, dass alle von uns kritisierten Vergaben rechtsfehlerhaft sind und deshalb neu ausgeschrieben wer-



Sonderangebote waren es wohl nicht gerade

den. Das ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, dennoch muss zunächst aufgeklärt werden, warum es zu diesen Vergaben kam. Und da sind noch etliche Fragen offen. Denn viele der zum Zuge gekommenen Unternehmen stehen der hessischen CDU oder dem Verein ISPRAT nahe, bei dem Staatssekretär Westerfeld nebenbei als Geschäftsführer tätig ist. Die auffälligsten Beispiele:

DER FALL GOETZFRIED

Die Wiesbadener Firma Goetzfried AG erhielt einen Landesauftrag im Umfang von mehr als 18 Millionen Euro für „Unterstützungsleistungen im Bereich IT“ im Zuge eines beschleunigten nicht-offenen Verfahrens.

Auffällig: Im Aufsichtsrat des Unternehmens wirkt der Fraktionsvorsitzende der CDU, Dr. Christean Wagner, mit, wofür er ein monatliches Zusatzsalar von € 1.000 erhält.

Der Gutachter des Finanzministeriums stellt fest: Der Auftrag wurde rechtswidrig vergeben und muss schnellstmöglich neu ausgeschrieben werden. Ein zu Unrecht ausgeschlossener Mitbewerber hatte ein wirtschaftlicheres Angebot abgegeben, dem Land ist also ein finanzieller Schaden in beträchtlichem Umfang entstanden. Fortsetzung S. 3



Fortsetzung von S. 1

Wir begrüßen sehr, dass wir uns mit unserer Forderung die Finanzierungsgarantie des Landes für die Kommunen unberührt zu lassen, durchgesetzt haben.

EINNAHME- UND AUSGABEVERANTWORTUNG

Wir GRÜNE haben gefordert auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt 2020 von einem Dreiklang leiten lassen, von den drei E der Finanzpolitik: Einsparungen, Effizienzsteigerungen und Einnahmeerhöhungen. Mit gezielten Maßnahmen in diesen drei Bereichen ist es möglich, in wirtschaftlichen Normalzeiten ohne neue Schulden auszukommen. Hessen muss sparen. Aber den Staat kapputtsparen, das kann nicht die Lösung sein. Der Staat muss handlungsfähig bleiben, sowohl auf Landes-, als auch auf kommunaler Ebene.

Auch in diesem Punkt konnten wir uns bei der finalen Fassung der Schuldenbremse durchsetzen: Es wird jetzt ausdrücklich die Einnahme- und Ausgabeverantwortung von Landtag und Landesregierung betont und nicht, wie schwarz-gelb es erst haben wollte, nur das Sparen betont.

HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG AB 2011

Wir konnten uns mit den Regierungsfractionen und der SPD darauf verständigen, dass mit der Konsolidierung des Haushalts schon im Jahr 2011 begonnen wird und damit den Beginn eines Pfades bis 2020 festgehalten. Damit wird sichergestellt, dass die jetzige Landesregierung nicht in den Jahren vor der nächsten Landtagswahl noch mal ein „großen Schluck aus der Verschuldungspulle“ nehmen kann und dann das Sparen ihren Nachfolgern überlässt“, zieht der GRÜNE Fraktionsvorsitzende, Tarek Al-Wazir, ein positives Resümee Einigung.

KONKRETE SPARVORSCHLÄGE

Die Mehrheit im Landtag hat sich für die Einführung einer Schuldenbremse ausgesprochen. Jetzt geht es darum, mit konkreten Vorschlägen das theoretische Konstrukt zum Leben zu erwecken: Mit unserem Konzept „Hessen tritt auf die Schuldenbremse“ haben wir eine Reihe an Vorschlägen unterbreitet. Dazu gehören: der Abbau von Subventionen, die Umstellung der Förderprogramme von Zuschüssen auf Darlehen, Einsparungen bei Personal- und Sachkosten ebenso wie eine Verkleinerung des Landtags und der Landesregierung. Dazu kommen Einnahmeverbesserungen wie die Anhebung der Grunderwerbssteuer und die Einführung eines Wassercent. Das alles sind Vorschläge, nichts ist in Stein gemeißelt. Aber die Diskussion um die Gestaltung der Finanzpolitik der nächsten Jahre muss jetzt dringend geführt werden. Wir hoffen, dass nach der Einigung jetzt auch Vorschläge der Regierung gemacht werden, wie die Schuldenbremse umgesetzt werden kann. Wir GRÜNE sind gesprächsbereit.

Es gibt Zukunftsbereiche, die wir von Kürzungen ausnehmen wollen: In die



Bereiche Bildung, Umwelt und Soziales sollen zunächst zusätzliche Mittel fließen. Das sind die Bereiche, in denen wir uns Ausgabenkürzungen nicht leisten können.

VOLKSABSTIMMUNG

Wir GRÜNE unterstützen die ausgehandelte Fassung der Schuldenbremse und setzen uns dafür ein, dass sie in der hessischen Verfassung verankert wird. Weil in Hessen jede Verfassungsänderung vom Volk in einer Volksabstimmung bestätigt werden muss, werben wir aktiv für die Zustimmung der Hessinnen und Hessen.

KONZEPTPAPIER: HESSEN TRITT AUF DIE SCHULDENBREMSE

Im Vorfeld der Einigung auf eine Schuldenbremse auch in der hessischen Verfassung, haben wir als erste Landtagsfraktion ein umfassendes Konzept vorgelegt, wie der Landeshaushalt saniert und gleichzeitig die notwendigen öffentlichen Investitionen gesichert werden können. Bis zum Jahr 2020 wollen wir das strukturelle Defizit von 1,9 Milliarden Euro schrittweise abbauen, einen Haushalt ohne neue Schulden ermöglichen und somit die Vorgaben der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse einhalten. Gleichzeitig zeigt die Fraktion auf, in welchen Bereichen das Land zur Sicherung seiner Zukunftschancen mehr als bislang investieren muss. Unsere Vorschläge setzen auf eine Kombination von Einsparungen, Effizienzsteigerungen und Einnahmeerhöhungen. Die Eckpunkte in Stichworten:

KONZEPTE FÜR HESSEN: MIT GRÜN GEHT'S BESSER

- Neuverschuldung 2011 reduzieren und bis 2020 vollständig abbauen
- Subventionsabbau und Verwaltungsreform
- Personal- und Sachausgaben im Griff
- Zukunftschancen eröffnen: Bildung, Umwelt und Soziales
- Auch Einnahmeverbesserungen sind nötig
- Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA)

Das komplette Konzept, die konkreten Zahlen und Vorstellungen finden Sie im Web: www.gruene-hessen.de - Konzepte für Hessen



Fortsetzung von S. 1

DER FALL PROF. G.

Mehrere Firmen, die sich im Besitz von Prof. G. befinden, kamen in den Genuss von Landesaufträgen im sechsstelligen Bereich, die ohne offene Ausschreibung vergeben worden sind.

Auffällig: Prof. G. ist Vorstandsmitglied des hessischen CDU-Wirtschaftsrates.

Gutachter des Finanzministeriums: Alle von uns beanstandeten Aufträge wurden rechtswidrig vergeben und müssen deshalb neu ausgeschrieben werden.

DER FALL F.

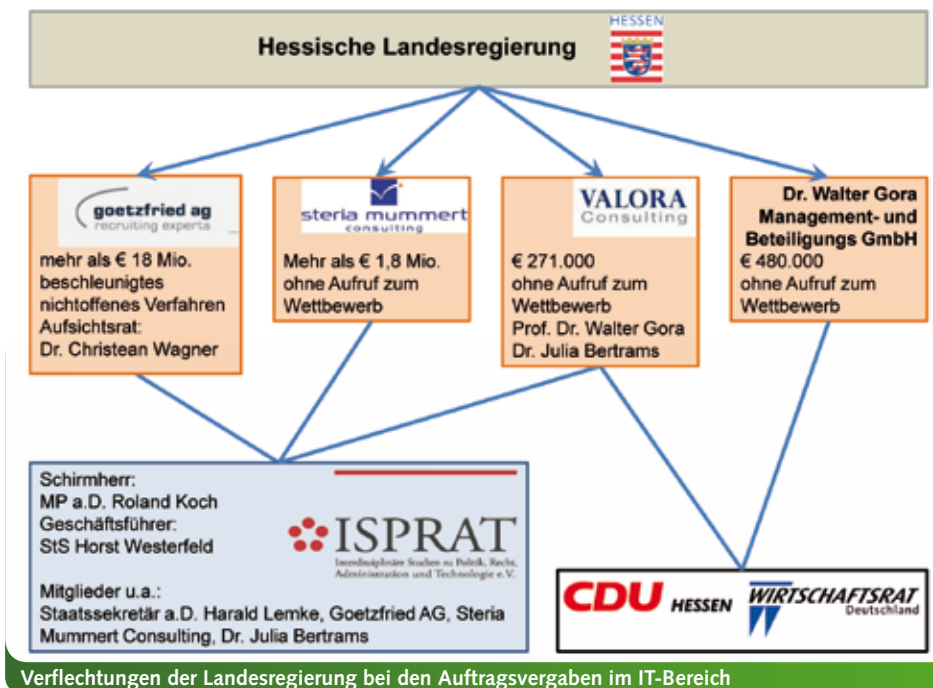
Im Jahr 2008 wurde der damalige Leiter des Projekts Digitalfunk durch Frau Dr. F. ersetzt, die diesen Auftrag ohne offene Ausschreibung erhalten hat. Sie sei dafür „einzigartig qualifiziert gewesen“, weil sie diese Aufgabe bereits in Berlin hervorragend ausgeübt habe, rechtfertigte Staatssekretär Westerfeld diese überstürzte Einstellung. Frau Dr. F. sollte für zwei Jahre ihrer Tätigkeit über € 380.000 erhalten. Ihr Vertrag wurde nach einem Jahr bereits wieder aufgelöst, sie bekam dafür € 250.000.

Auffällig: In Berlin gab es bereits zum Zeitpunkt der Einstellung erhebliche Probleme bei der Einführung des Digitalfunks, die CDU und FDP dort bis heute vor allem Frau Dr. F. anlasten. In Hessen war das angebl nicht bekannt. Zudem ist und war Fr. Dr. F. die Lebensgefährtin des damaligen Direktors der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD), die den Auftrag formal vergab.

Problem: Die Landesregierung zieht sich auf den Standpunkt zurück, das Privatleben ihrer Mitarbeiter gehe sie nichts an. Da hier erhebliche Summen aus dem Steuersäckel ohne offene Ausschreibung an die Freundin eines hohen Beamten gingen und das offensichtlich keiner gemerkt hat, sind wir anderer Meinung!

DER FALL G.

Nachfolger von Frau Dr. F. wurde Herr G., ein Ingenieur aus Seligenstadt. Herr



G. betrieb zuvor ein kleines Ingenieurbüro, mit dem er u.a. Aufträge für das Land Hessen ausführte, insbesondere im Bereich Digitalfunk. Herr G. warb noch im Oktober mit seinem Büro mit dieser Tatsache, obwohl er seit Juni im Landesdiens stand: Nachdem unser Nachfragen und die Recherche des Hessischen Rundfunks dies ans Licht brachten, wurde die Website des Ingenieurbüros über Nacht „gesäubert“.

Auffällig: Auch Herr Dr. G. kam zu seinem Job, weil er „einzigartig qualifiziert“ sei. Kurz zuvor war er als Bürgermeisterkandidat der Seligenstädter CDU gescheitert. Mit ihm im dortigen Vorstand tätig ist Regierungssprecher Michael Bußer, damals noch Pressesprecher im Innenministerium und einer der engsten Mitarbeiter des heutige Ministerpräsidenten Bouffier.

Problem: Bußer räumte auf Nachfrage ein, er sei es gewesen, der für Herrn Dr. G. „einen Kontakt“ zur zuständigen Stelle im Ministerium hergestellt habe. Auf die Vergabe habe er selbstverständlich keinen Einfluss genommen. Klar, wenn die rechte Hand des Ministers den Namen des Wunschkandidaten platziert, fängt die Vergabestelle sicher sehr intensiv an, nach Alternativen zu suchen... Und vor allem: Warum ist es

überhaupt nötig, für einen angeblich „einzigartig qualifizierten“ Kandidaten Kontakte herzustellen? Müsste der nicht in der Abteilung bekannt sein?

VERGABEREGIME DER LANDESREGIERUNG

Offensichtlich konnte sich in der Landesregierung über Jahre hinweg ein Vergaberegime etablieren, das sich nicht an der Gesetzeslage orientiert, sondern Willkür und Vetternwirtschaft Tür und Tor öffnete. Wir begrüßen, dass der neue Finanzminister diese Fehler einräumt und Maßnahmen dagegen ankündigt. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass alle von uns aufgedeckten Vorgänge lückenlos aufgedeckt werden. Ein Staatssekretär, der solch eklatante Verstöße nicht bemerkt, Parlament und Öffentlichkeit falsch informiert und von seinem Minister eines besseren belehrt werden muss, ist entweder seiner Aufgabe nicht gewachsen oder er hat offengelogen. In beiden Fällen trägt er die politische Verantwortung.

Weitere Informationen, alle Initiativen und Veröffentlichungen finden Sie unter: www.gruene-hessen.de - Themen - Brandaktuell - Dubiose Auftragsvergaben der Landesregierung



DER SCHMUTZIGE DEAL MIT DER ATOMLOBBY

Bouffier und Puttrich lassen sich von RWE an der Nase herumführen

Da hat sich die Landesregierung aber ganz schön austricksen lassen vom Atomkraftbetreiber RWE. Kaum ist die Tinte unter dem Vertrag mit der schwarz-gelben Bundesregierung getrocknet offenbart RWE sein wahres Gesicht: mit einem doppelten Steuersparmodell.

Das Ganze funktioniert so: Durch den Austausch von 92 unverbrauchten Brennelementen noch in diesem Jahr umgeht RWE die Zahlung der ab Januar

2011 gültigen Steuer auf Brennelemente in einer Höhe von mindestens 280 Millionen Euro. Wenn im Anschluss die alten Brennelemente wieder eingesetzt werden, wird wieder keine Steuer fällig, weil nur neue Brennelemente versteuert werden müssen. Die Landesregierung schaut tatenlos zu, wie Steuergelder in Biblis verheizt werden.

Atomministerin Puttrich und Ministerpräsident Bouffier lamentieren jetzt ein bisschen, finden das Vorhaben „wenig sympathisch“ und wissen doch, dass das nichts bringt. RWE hat nicht nur Freunde in der hessischen Regierung, noch mächtigere Freunde sitzen in Berlin – schwer vorstellbar, dass die Bundesregierung versehentlich ein millionenschweres Steuerschlupfloch so stümperhaft übersehen hat.

WOHIN MIT DEM MÜLL?

Während geklärt ist, wer das Geld bekommt, kommt es zu Verwirrungen, was mit dem radioaktiven Müll geschieht. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und Atomministerin Lucia Puttrich machen widersprüchliche Angaben zur Kapazität des Zwischenlagers Biblis für den zusätzlich anfallenden Atom Müll durch die Verlängerung der Laufzeit um acht Jahre. Laut Presseberichten belegen interne Berechnungen des BfS, dass die Zwischenlagerkapazitäten des Atom-



kraftwerks in Biblis nur für weitere vier Jahre reichen. In einer Plenardebatte schloss Ministerin Puttrich allerdings Lagerengpässe im Zwischenlager Biblis aus.

Sehr einfach macht sich die Ministerin auch, wenn es um die Zwischenlagerung des Mülls geht. Laut Presseberichten belegen interne Berechnungen des Bundesamts für Strahlenschutz, dass die Zwischenlagerkapazitäten des Atomkraftwerks in Biblis nur für weitere vier Jahre reichen. Eine Lösung ist nicht in Sicht, im Plenum des Landtags schloss Ministerin Puttrich Lagerengpässe im Zwischenlager Biblis einfach aus, ohne die Berechnungen ihres Ministeriums zu erklären. Insbesondere ist die Frage zu klären, ob die Abklingbecken in die Kapazitätsberechnung einbezogen wurden. Sollte dies der Fall sein, so wäre die Berechnung des hessischen Umweltministeriums völlig unseriös, da Abklingbecken nicht als zusätzliche Zwischenlagerkapazität gerechnet werden dürfen. Es kann nicht sein, dass Laufzeitverlängerungen für mehrere Jahre beschlos-

sen werden, ohne überhaupt ein Endlager für den entstehenden Atom Müll zu haben.

PROFITGIER VOR SICHERHEIT

Das Atomkraftwerk in Biblis ist nicht sicher. Nach einem beinahe GAU hat der damalige Umweltminister Weimar (CDU) vor fast 20 Jahren Sicherheitsauflagen erlassen – von 55 Auflagen sind bis heute 25 noch nicht erfüllt. Das hoch störanfällige Atom-

kraftwerk sollte nachgerüstet werden, um wenigstens die größten Mängel zu beseitigen.

Das seit 1999 CDU-geführte Umweltministerium hat offensichtlich nicht den nötigen Druck gemacht. Offensichtlich war den Ministern die Sicherheit von Biblis nicht so wichtig. Auch die externe gebunkerte Notstandswarte, die im Notfall das Atomkraftwerk von außen steuern könnte, fehlt immer noch. Bei allen anderen deutschen Atomkraftwerken gibt es sie. Die Laufzeitverlängerung würde außerdem noch ganz andere Maßnahmen wie den Schutz gegen Flugzeugabstürze und Terroranschläge verlangen. Das aber ist RWE zu teuer, also wird davon abgesehen.

Nur die Stilllegung dieses alten und maroden Atomkraftwerks bringt Sicherheit für die Bevölkerung.

Weitere Informationen finden Sie:

www.gruene-hessen.de - Themen -
Energie und Klima

BRENNELEMENTESTEUER?

Bis 2016 wird die Brennelementesteuer mit einem Steuersatz von aktuell 145 Euro je Gramm Kernbrennstoff erhoben. Das gesamte Aufkommen aus der Brennelementesteuer wird derzeit auf rund 2,3 Milliarden Euro geschätzt. Allerdings können die Betreiber diese Kosten steuerlich geltend machen und unter dem Strich ergibt sich nach Berechnungen des Ökoinstituts nur ein mittleres Steuer aufkommen von rund 1,7 Milliarden Euro.



POLIZEIFÜHRUNGSKRISE IN HESSEN - SYSTEM BOUFFIER

Innenminister Rhein (CDU) verpasst Chance zum Neuanfang

Chaostage bei der hessischen Polizei. Nach dem Rauswurf des Landespolizeipräsidenten Nedela und der Versetzung der LKA-Chefin Thureau wird weiter über Ungereimtheiten im Frankfurter Polizeipräsidium berichtet. Es geht um Manipulation von Akten, Mobbing, Spitzel- und Denunziantentum – alles innerhalb der hessischen Polizei. Jeder gegen Jeden.



Die Führungsetage ist Teil des Problems

Von sinnvollem Krisenmanagement der Landesregierung kann keine Rede sein, da wird heruntergespielt, vertuscht und von Aufklärung gerade im Sinne der Polizeibeamten, die täglich einen guten Job machen, kann man nichts erkennen. Wir fordern die Regierung auf, das endlose Hickhack aufzuklären. Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und die Landesregierung müssen endlich damit aufhören die Probleme in der Polizei kleinzureden, herunterzuspielen und als

Einzelfälle zu bezeichnen. Dieser Umgang mit den Vorgängen und Problemen in der Führungsetage der Polizei ist mittlerweile Teil des Problems.

CDU UND FDP BEHINDERN

Im seit März diesen Jahres laufenden Untersuchungsausschuss, der sich mit der Besetzung der Stelle des Präsidenten der Bereitschaftspolizei beschäftigt und damit auch indirekt mit der gesamten Führungskrise bei der hessischen Polizei, verhindern CDU und FDP konsequent die Aufklärung.

Zuletzt wurden Beweisanträge, sowie ein objektives, externes Gutachten von den Mehrheitsfraktionen einfach abgelehnt. Mit dieser Blockadehaltung wird nicht nur jegliche Aufklärungsbemühung im Keim erstickt, sondern es wird auch das Recht der Einsetzungsminderheit „auf effektive Erfüllung des Untersuchungsauftrags“ verletzt. Das haben Bouffier und Hahn selbst noch 1998 vor dem Staatsgerichtshof erstritten.

EXTERNE SICHTWEISE

Wir fordern eine unabhängige Aufklärung und die Vorlage eines neuen Polizeiführungskonzepts bei der hessischen Polizei. Die Aufklärung muss durch eine

anerkannte Persönlichkeit geschehen, die nicht Teil der hessischen Justiz oder Polizei ist. Denn die Fehler liegen im System.

Jetzt muss sich Innenminister Boris Rhein (CDU) vorwerfen lassen, dass er den Zeitpunkt zu handeln, verpasst hat. Er sollte einsehen, dass nur noch unabhängige Ermittlungen von außen das erschütterte Vertrauen in das Ministerium und die hessische Polizei wieder herstellen können. Das ‚System Bouffier‘ wird damit endgültig zum Problem des neuen Innenministers. Eine unabhängigen Ermittlung, eine Analyse der Führungsstruktur und Vorschläge zur Neuorganisation der Führungsebene sind unumgänglich.

ENDLICH AUFKLÄREN

CDU und FDP zeigen einmal mehr, dass sie die Interessen der Parteien über das Interesse nach Aufklärung stellen. Das werden wir nicht zulassen und weiter für die konsequente Aufklärung und Verbesserungen in der Führungsstruktur der hessischen Polizei kämpfen.

Weitere Informationen finden Sie:

www.gruene-hessen.de - Themen -
Innenpolitik

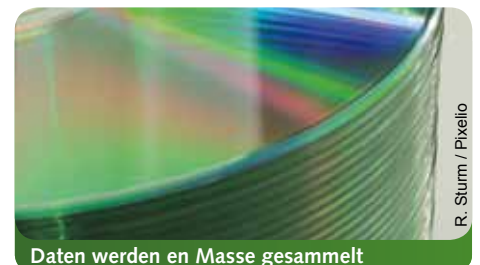
EIN LANGER EINSATZ HAT JETZT ERFOLG

Zusammenführung von privatem und öffentlichem Datenschutz

Die Zusammenführung vom privatem und öffentlichem Datenschutz unter dem Dach des Hessischen Datenschutzbeauftragten können wir als Erfolg unseres jahrelangen Einsatzes werten. In der „Wiesbadener Erklärung“ haben sich die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN darauf geeinigt, dass diese beiden Bereiche jetzt zusammengeführt werden sollen. Wir können darauf verweisen, dass wir bereits in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD im Jahr 1995 auf eine Zusammenführung von

privatem und öffentlichem Datenschutz gedrängt haben, damals sind wir aber leider an der SPD gescheitert.

Hessen als Stammland des Datenschutzes bekommt jetzt die Chance, in Sachen moderner Datenschutz wieder Anschluss zu finden. Nicht mehr der Staat ist die größte Bedrohung für das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Bürgerinnen und Bürger, sondern die Interessen von kommerziellen Firmen. Dies muss natürlich Konsequenzen für den Datenschutz in Hessen haben.



Daten werden en Masse gesammelt

Wir bekommen jetzt ein starkes Datenschutzzentrum, und das ist auch gut so.

Weitere Informationen finden Sie:

www.gruene-hessen.de - Themen -
Datenschutz und Netzpolitik



BOUFFIERS KABINETT - KEIN NEUANFANG IN SICHT

An der Kabinettsliste des neuen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU), lässt sich ein personeller Neuanfang nicht erkennen. Wir fragen uns, warum Bouffier drei Monate gekreißt hat, wenn am Ende diese Maus das Licht der Welt erblickt. Er hat zwar einige Veränderungen vorgenommen, allerdings mit seiner Personalauswahl die Chance für einen echten Neustart verpasst. Es fällt schwer, sich vorzustellen, dass von diesem Kabinett der dringend nötige Neuanfang ausgehen soll. Offensichtlich war am Ende die Befindlichkeit der CDU mal wieder wichtiger als die Interessen des Landes. Erschreckend ist, dass sehr deutlich wird, dass auch dem designierten neuen Ministerpräsident sowohl die Umwelt- und Energiepolitik als auch die Sozialpolitik als völlig unwichtig erscheinen.

GRÜNDE FÜR PUTTRICH SCHLEIERHAFT

Die Gründe für die Benennung von Lucia Puttrich als Umwelt- und Energieministerin sind für uns schleierhaft. Bisher hat sie sich auf keinem dieser Felder hervorgetan. Dabei müssen gerade diese Felder nach elf Jahren Koch dringend neu bestellt werden. Umweltpolitik war in den vergangenen Jahren immer ein

Stiefkind, und bei der Förderung erneuerbarer Energien rutscht Hessen immer weiter ab. Rheinland-Pfalz wird bald dreimal so viel Erneuerbaren Strom erzeugen wie Hessen. Wenn als Gründe der Berufung der neuen Ministerin vor allem darüber spekuliert wird, dass es darum gehe, dass ein Nordhessischer CDU-Abgeordneter für sie in den Bundestag nachrückt, dann ist dies kein gutes Zeichen für den dringend nötigen Neuanfang in der Energie- und Umweltpolitik.

MINISTERIUM ALS ABSTELLKAMMER?

Auch die Nominierung des ehemaligen Staatskanzleichefs Grüttner zum Sozialminister ist nicht einleuchtend. Offensichtlich wurde irgendein Ministerposten gesucht, und da kam dieser gerade recht. Damit wird das Sozialministerium jetzt zum zweiten Mal zur Abstellkammer für unterzubringende Regierungsmitglieder.

Einzig die neue Spitze des Finanzministeriums erweckt den Eindruck eines gewissen Neuanfangs. Wir hoffen, dass die neue Staatssekretärin ihre Kenntnisse, die sie offensichtlich in Steuervermeidungsstrategien hat, jetzt im Interesse des Landes einsetzt, um die katastro-



Nicht wirklich top

G. Altmann / Pixelio

phale Finanzlage zu verbessern. Wir werden weiterhin darauf drängen, dass es besonders im Umwelt- und Energiebereich, in der Bildungs- und der Finanzpolitik einen inhaltlichen Neuanfang geben muss. Wir hoffen, dass dieser besser ausfällt als der Kabinettsumbau. Sonst ist mit der Politik der CDU/FDP-Landesregierung leider auch weiterhin kein Staat zu machen. In seiner Regierungserklärung zum Haushalt 2011 hat Bouffier eigentlich nichts konkretes gesagt. Aber wir prophezeien dem Ministerpräsidenten, dass der Tag kommen wird, an dem er dies tun muss, denn man kann nicht noch drei Jahre lang Ministerpräsident sein und immer nur sagen: "Ich bin dafür, dass es allen gut geht, ich bin dafür, dass alle nett zueinander sind, aber in der Realität tue ich nichts dafür." Es wird das letzte Mal gewesen sein, dass er im Landtag eine solche Rede halten konnte. Dafür werden wir weiter mit Konzep-

20 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT

GRÜNE aus Hessen und Thüringen mit gemeinsamer Erklärung

20 Jahre Deutsche Einheit – Ein Grund zum Feiern. Die GRÜNEN-Landtagsfraktionen in Hessen und Thüringen haben gemeinsam den 3. Oktober 1990, den Tag der deutschen Einheit als den Tag „am Ende eines Prozesses, in dem aus Untertanen Bürgerinnen und Bürger wurden“, gewürdigt.

Wir GRÜNE haben unsere Wurzeln auch in der Bürgerbewegung der DDR, die mit ihrem mutigen Einsatz für Freiheit und Demokratie die Revolution von 1989 herbeigeführt hat. Diese friedli-

che Revolution von unten hat ein neues Zeitalter eingeläutet. Für uns als GRÜNE gehört es daher auch heute zu unserem Selbstverständnis, die Bürgerrechtspartei in Deutschland zu sein.

In diesem Zusammenhang freuen wir uns auch, dass wir am 1. Dezember, dem hessischen Verfassungstag, der GRÜNEN Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt zur Überreichung der Wilhelm-Leuschner-Medaille gratulieren durften. Katrin Göring-Eckardt wurde als eine von vier Personen mit der

höchsten hessische Auszeichnung bedacht.

Damit wird die Demokratiebewegung in der ehemaligen DDR, die die friedliche Revolution erst ermöglicht hat, exemplarisch geehrt. Tarek Al-Wazir reihte sich in die Zahl der Gratulanten ein: „Die Demokratiebewegung in der damaligen DDR hat unter den Bedingungen der Diktatur großen Mut und Engagement bewiesen, auf die wir auch heute noch stolz sein können. Als sich die GRÜNEN 1980 gründeten und 1982 erstmals in



FACHKRÄFTEMANGEL IN HESSEN

Die Landesregierung muss jetzt endlich eine Offensive starten

Nach Berechnungen der Industrie- und Handelskammer Frankfurt (IHK) fehlen in den nächsten fünf Jahren durchschnittlich 147 000 Fachkräfte in Hessen. Demgegenüber stehen Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen keine Arbeit finden oder nicht arbeiten dürfen. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, in Kooperation mit der hessischen Wirtschaft, der Regionaldirektion für Arbeit sowie den Weiterbildungsträgern umgehend Maßnahmen zu ergreifen und gezielte Konzepte zu erarbeiten, um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Was Hessen jetzt braucht, ist eine Offensive aus Qualifizierung, Weiterbildung und Ausschöpfung vorhandener Fachkräftepotenziale. Wir haben einen entsprechenden Antrag für das Plenum Ende September vorgelegt. Nach unsere Auffassung gibt es in Hessen ein großes Potenzial, das aus unterschiedlichen Gründen bisher nicht genutzt wird. So gibt es gut gebildete Migrantinnen und Migranten, deren Berufsabschlüsse nicht anerkannt werden, tausende Jugendliche ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung, Frauen, die wegen fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten nicht oder nur teilweise erwerbstätig sind und viele ältere Menschen, deren Möglichkeiten nicht genutzt werden. Hier müssen schnell unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten gefunden werden.

QUALIFIKATION UND WEITERBILDUNG VERBESSERN

In Hessen gibt es laut dem Statistischen Landesamt 100 000 Menschen zwischen 20 und 65 Jahren ohne Abschluss. Hier fordern wir eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen. Besonders auf die Weiterbildung während des Arbeitens muss gesteigerten Wert gelegt werden. Einen besonderen Schwerpunkt möchten wir auf die intensive Verbesserung



Nicht nur im Bereich Technik werden Fachkräfte immer knapper

der Qualifikation von Jugendlichen legen. Zurzeit haben laut der Bundesagentur für Arbeit fast 22 000 Jugendliche unter 25 Jahren keinen Job, weil ihnen die passende Qualifikation fehlt. Jährlich kommen 2 000 Schülerinnen und Schüler hinzu, die ohne Hauptschulabschluss entlassen werden. Deswegen fordern wir eine Neuausrichtung der hessischen Ausbildungsprogramme, so dass mehr Wert auf den erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung gelegt wird.

MAN KANN AUF ÄLTERE ARBEITNEHMER NICHT VERZICHTEN

Auch bei älteren Arbeitnehmern gibt es Potenziale. Die Initiative der Landesregierung "Erfahrung hat Zukunft", mit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die älter als 50 Jahre sind, in den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden sollten, ist gescheitert. Von 2007 bis 2009 wurden für die Eingliederung von 289 Arbeitslosen stolze 48,8 Millionen Euro ausgegeben. Danach wurde diese Initiative sang- und klanglos eingestellt, und seitdem ist nichts mehr passiert. Wir brauchen einen neuen Anlauf mit Anreizen zur Eingliederung dieser Menschen. Die Erkenntnisse aus dem gescheiterten Programm müssen einbezogen werden. 60jährige müssen gezielt aktiviert werden, da auf ihre Erfahrung und Arbeitskraft in Zukunft nicht mehr leichtfertig verzichtet werden kann.

Um Alleinerziehende stärker in den Arbeitsmarkt einzubeziehen, muss die Kinderbetreuung qualitativ und quantitativ ausgebaut werden. Zudem sind flexiblere Arbeitszeitregelungen in den

Unternehmen und spezielle Weiterbildungsangebote für Wiedereinsteigerinnen aufzulegen. Zurzeit sind 11 600 Alleinerziehende erwerbslos (Bundesagentur für Arbeit). Diese hohe Zahl macht es notwendig, die existierenden Bundesprogramme gezielt durch das Land zu ergänzen.

Schnelles Handeln fordern wir auch für die weit über 25 000 Ausländerinnen und Ausländer, die ihre Abschlüsse nicht anerkannt bekommen und so dem Fachkräftearbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Putzen mit Diplom ist reine Verschwendung. Wir fordern die Landesregierung auf, eine zentrale Stelle einzurichten, um Antragstellern beim Anerkennungsverfahren zu helfen. Zudem soll in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und den Wirtschaftsverbänden ein Programm aufgelegt werden, das bei Bedarf gezielt eine Nachqualifikation für bestehende Lücken ermöglicht.

ARBEITSMARKTPOLITIK?

Möglichkeiten sind vorhanden, auch hessische Landesmittel können genutzt werden. Mit der Kürzung der arbeitsmarktpolitischen Programme des Landes Hessen von 42 Millionen Euro auf 35 Millionen Euro im Haushalt 2011 verschenkt die Landesregierung die Möglichkeit, noch offensiver mit dem Fachkräftemangel umgehen zu können. Die Landesregierung muss nur endlich ihre Instrumente nutzen und wieder eine Arbeitsmarktpolitik betreiben, die den Namen verdient. Minister Grüttner ist da genauso gefragt wie Minister Posch.



VERBESSERUNG DER KINDERBETREUUNG

Landesregierung begeht zweiten Wortbruch

Nach der uns vorliegenden neuen Richtlinie zur Umsetzung der Mindestverordnung im Bereich Kinderbetreuung sollen die Kommunen jetzt nur noch rund 50 Prozent der tatsächlich entfallenden Personalkosten erhalten. Die Mindestverordnung regelt die Finanzierung der Personalkosten für Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir fordern Minister Grüttner (CDU) auf, diese Richtlinie zurückzuziehen und den Trägern von Kindertageseinrichtungen – wie ursprünglich zugesagt – die tatsächlich anfallenden Mehrkosten zu erstatten. Noch im August hatten Finanz- und Sozialminister versprochen, allen Kommunen, die nach dem 1. Januar 2009 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher eingestellt haben oder einstellen, die anfallenden Personalkosten zu erstatten. Jetzt stellt sich heraus, dass sie nur die Hälfte dieser Kosten erhalten sollen. Die Aussagen der Landesregierung

sind nicht einmal das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind. Die Verantwortlichen in den Kommunen werden es sich dreimal überlegen, ob sie die Qualität in den Kindertagesstätten verbessern, weil sie damit weitere Haushaltsdefizite anhäufen würden. Damit betreibt Sozialminister Grüttner eine aktive Verhinderungspolitik beim Ausbau von Kinderbetreuung und der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans.

BEREITS DER 2. WORTBRUCH

Wir verweisen darauf, dass dies bereits der zweite Wortbruch der Landesregierung in dieser Angelegenheit ist. Ursprünglich hatte sie versprochen, allen Kommunen die anfallenden Mehrkosten zu erstatten. Diese Zusage hat die Landesregierung im April zurückgezogen und angekündigt, nur die Kommunen zu bezuschussen, die nach dem 1. Januar 2009 die Personalsituation ver-

bessern. Und diese sollten die Zuschüsse jetzt auch nicht komplett erhalten.

KEINE DIALOGBEREITSCHAFT?

Nach Berechnungen unterschiedlicher Institutionen und Träger würde eine 25prozentige Verstärkung des Personals etwa 10 000 Euro kosten. Das Land will jetzt aber nur 6000 Euro erstatten. Diese Entscheidung sei nicht mit den Kommunen rückgekoppelt worden, sondern am 30. Oktober von Minister Grüttner (CDU) unterschrieben und am 1. November kommentarlos ins Internet gestellt worden.

Dieses Vorgehen ist unglaublich, widerspricht dem Konnexitätsprinzip und wird weitere Löcher in die Kassen der Kommunen reißen. Bei der Verbesserung der Kinderbetreuung lässt die Landesregierung die Kommunen im Regen stehen. So geht es nicht.

KURZ NOTIERT

SCHULWEGKOSTEN

Die fehlende Kostenübernahme für die Schülerbeförderung im Anschluss an die Mittelstufe stellt insbesondere für Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien eine hohe Hürde beim Erreichen des bestmöglichen Bildungsabschlusses dar. Dieser Missstand muss dringend geändert werden. Wir haben deswegen einen entsprechenden Antrag eingereicht und fühlen uns auch von einer Ankündigung von Bundesarbeitsministerin von der Leyen, die Übernahme der Kosten Überprüfen will, bestätigt. Jetzt muss nur noch die Landesregierung einsehen, dass das ein wichtiger Schritt wäre.

RELIGIONSUNTERRICHT

Inzwischen besteht weitgehender politischer Konsens darüber, dass die Einführung islamischen Religionsunterrichts an hessischen Schulen wünschenswert und erforderlich ist. Wir haben deshalb eine Anhörung darüber durchgeführt, welche Probleme noch bestehen und was Hessen von

anderen Bundesländern lernen könnte. Die Veranstaltung war ein Erfolg und mit den gewonnen Erkenntnissen werden wir weiter an entsprechenden Konzepten arbeiten.

HUNDEFÜHRERSCHEIN

Anlässlich einer gemeinsam mit der SPD, durchgeführten Veranstaltung mit dem Titel „Halterkunde statt Rasseliste“, müssen wir, nun mit weiteren Expertenmeinungen, zum wiederholten Male auf die unzureichende hessische Hundeverordnung hinweisen. Die Verordnung spiegelt den Menschen eine falsche Sicherheit vor: Was nützt eine Verordnung, die elf Hunderassen eine generelle Gefährlichkeit unterstellt? Das eigentliche Problem ist nicht der Hund selbst, sondern dass der Hundehalter nicht den notwendigen Sachverstand hat. Deshalb setzen wir uns für die Einführung eines Hundeführerscheins (Sachkundenachweis) anstelle der Rasseliste ein.

ARRIEREFREIHEIT

Bei unserem Fachgespräch „Barrierefreiheit umsetzen“ ist noch einmal deutlich geworden, dass die barrierefreie Gestaltung

öffentlicher Räume, wie Verkehrseinrichtungen und Gebäude, eine wichtige Zukunftsaufgabe ist auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Denn nur in einer inklusiven Gesellschaft können alle Menschen unabhängig von ihrer Individualität die gleichen Möglichkeiten der Teilhabe am Leben der Gemeinschaft haben. Denn Barrieren trennen, nur Barrierefreiheit verbindet. In diesem Sinne haben wir bereits das Konzept Barrierefreiheit als universelles Gestaltungsdesign vorgelegt und werden mit neuen Erkenntnissen weiter an dem Thema arbeiten.

IMPRESSUM

Herausgeberin

Landtagsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582

V.i.S.d.P.

Mathias Wagner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout: Till Haupt

Fotos: Eigene, pixelio.de

Druck: Dezember 2010